

Pressemitteilung

3. Juli 2026

St. Georg: Alkoholverbot löst keine sozialen Probleme - Kürzungen verschärfen die Lage

Ab August gilt ein Alkoholverbot in weiten Teilen St. Georgs. Die Ausweitung dieser Verbotszonen ist keine Antwort auf die sozialen Probleme im Stadtteil, sondern Teil einer Politik, die stärker auf Verdrängung und Kontrolle setzt als auf soziale Lösungen. Während der öffentliche Raum weiter eingeschränkt wird, geraten Hilfesysteme zunehmend unter Druck.

Die Realität vor Ort ist eindeutig: Armut und Obdachlosigkeit nehmen zu, Suchterkrankungen bleiben häufig unbehandelt und ohne weitere Anbindung, und psychosoziale Angebote sind überlastet werden gekürzt oder nicht ausreichend abgesichert. Straßensozialarbeit arbeitet in Hamburg -Mitte unter engen Vorgaben in einem Umfeld, das immer stärker ordnungspolitisch geprägt ist.

Genau dort, wo Unterstützung eigentlich dringend nötig wäre, wird faktisch zurückgefahren. Vertrauen und Perspektiven für Menschen in schwierigen Lebenslagen gehen dadurch verloren oder entstehen gar nicht erst.

Auch niedrigschwellige, aufsuchende Angebote geraten zunehmend unter Druck und brechen weg. Projekte wie die „**Praxis ohne Grenzen**“, die bewusst ohne starre Zugangshürden arbeiten und Menschen direkt im Alltag erreichen, sind für viele Betroffene ein zentraler Anlaufpunkt. Wenn solche Strukturen finanziell oder organisatorisch eingeschränkt werden, sinkt die Möglichkeit, Menschen frühzeitig zu erreichen und kontinuierlich zu begleiten.

Hierzu erklärte **Nora Stärz**, Co-Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion Hamburg-Mitte: *„Die aktuelle Ausweitung der Alkoholverbotzonen zeigt eine klare politische Verschiebung: Während soziale Hilfen gekürzt oder nicht ausreichend abgesichert werden - von Suchthilfe über psychosoziale Angebote bis hin zu Integrationsmaßnahmen -, wird gleichzeitig die Finanzierung von Verdrängung und repressiven Maßnahmen genau dort ausgebaut. Zugänge zu Unterstützung, Wohnraum und therapeutischer Hilfe werden dadurch weiter erschwert. Die Folgen sind bereits heute sichtbar: Probleme verschwinden nicht, sie werden verlagert und treffen dort auf noch weniger Unterstützung und noch größere soziale Belastungen.“*

Die Linke